



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Sprecher für Hochschulfragen
Sprecher für Jugend und Generationen

17. Dezember 2009

Rede zum Antrag „Konsequenzen aus dem Bildungsstreik ziehen – Bildungsaufbruch unverzüglich einleiten“

Es gilt das gesprochene Wort!

die heutige Debatte lässt sich ohne eine kritische **Bewertung** des gestrigen „**Bildungsgipfels II**“ nicht führen.

Das Treffen von Kanzlerin, Bundesministerin und Ministerpräsidenten der Länder hätte Konsequenzen aus dem Bildungsstreik ziehen müssen – es hat aber nur einen Titel verdient: „**Der Berg kreiste und gebar noch nicht mal eine Maus.**“

Die „**Bildungsrepublik**“ ist gestern zum **Märchenland** von Merkel und Schavan verkommen.

Sich von Gipfel zu Gipfel zu vertagen –

das ist **kein Meilenstein** für bessere und gerechtere Bildung, sondern ein **Armutszeugnis** für die Bundesregierung

und eine **schlechte Nachricht** für die Zukunftschancen von Schülern und Studierenden.

Von ihren **großen Ankündigungen** sind **nur noch mickrige Absichten übrig**,

die schwarz-gelbe Bildungsoffensive bleibt im Ansatz stecken.

Die Koalition sollte sich in ihren **Adventskalender** schreiben:

Eine **Bildungsrepublik** lässt sich nicht auf Steuersenkungen, Statistik-Tricks und Macht-Geschacher aufbauen!

Schönrechnen, tricksen und schachern – so haben Bund und Länder auf die völlig unterdurchschnittlichen Bildungsinvestitionen in Deutschland geantwortet.

Es ist **unanständig**, die 23 Mrd. EUR große Finanzierungslücke zum OECD-Durchschnitt klein zu tricksen, indem u.a. Lehrerpensionen und fiktive Mietkosten für Grundstücke und Gebäude zum Bildungsbudget hinzuaddiert werden.

Liebe Koalition, durch **Bilanzfälschung** lassen sich **Unterfinanzierung, Ungerechtigkeiten und Blockaden** unseres Bildungssystems nicht beheben!

Für die Bildung hat der Bund gestern **kümmerliche 5,2 Mrd. EUR** auf den Verhandlungstisch gelegt –

- an einem Tag, an dem der Finanzminister seinen Haushaltsentwurf für 2010 mit **100 Mrd. EUR neuen Schulden** vorgelegt hat,
- einen Tag bevor Sie Ländern & Kommunen milliardenschwere Steuerausfälle servieren: ihr Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird als **Bildungs-Brems-Gesetz** und **Schulden-Aufbau-Programm** in die Geschichte eingehen, **da es besserer Bildung die finanzielle Basis entzieht.**

Es ist ein **Armutzeugnis**, das die Koalition lieber **Hotelbetten subventioniert** anstatt Studienplätze aufzubauen.

Sie handeln damit fahrlässig und treten Generationengerechtigkeit in die Tonne!

Wir haben in unserem Antrag ein **Paket konkreter Maßnahmen** geschnürt, mit dem der Bildungsaufbruch gelingen kann.

Dafür haben wir – im Gegensatz zur Koalition – konkrete Finanzierungsvorschläge:

Wir schlagen u.a. vor, den Soli Ost schrittweise in einen Bildungssoli umzubauen.

Die Mittel aus dem Bildungssoli ließen sich konsequent in Bildungseinrichtungen investieren und würden einen **gesamtstaatlichen Kraftakt** bringen –

darauf hätten sie sich verständigen müssen!

Um die Bildungsrepublik *gesamtstaatlich* aufzubauen, muss endlich das **absurde Kooperationsverbot von Bund & Ländern** bei der Bildung aus der Föderalismusreform fallen.

Es hat nur zu **bildungspolitischer Kleinstaaterei, Flickenteppich und Geschacher** geführt.

Wenn selbst Frau Schavan das Kooperationsverbot mittlerweile klar als Fehler benennt, dann sollte schwarz-gelb diesen Fehler **unverzüglich korrigieren!**

Dann wäre es einfacher, das bildungspolitisch Notwendige anzupacken. **Wir fordern:**

- den Ausbau von Ganztagschulen mit einem neuen Ganztagschulprogramm nach Jahresende fortzusetzen.
- einen **echten „Pakt für Studierende“**, der 500.000 Studienplätze schafft, bessere Lehr- und Studienbedingungen fördert, die Bologna-Reform korrigiert.
- die **Stärkung der staatlichen Studienfinanzierung** – d.h. sofortige BAföG-Erhöhung statt vagem Stipendienprogramm, mittelfristig Ausbau zum Zwei-Säulen-Modell.

Mit diesen Vorschlägen könnte die Koalition etwas tun gegen die **skandalöse Bildungsspaltung** in unserem Land!

Daher freue ich mich auf die **weitere Debatte** – im **Ausschuss** und in den **Audimaxen vor Ort.**